

MDL-NEWSLETTER

6/2024

BERND KRÜCKEL MDL

Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selfkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL

Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



**Debatten für ein starkes Morgen:
Stärkung der Inneren Sicherheit nach Solingen
Schwierige Haushaltsberatungen für 2025**

MEHR GELD FÜR KOMMUNEN

für die Versorgung von Flüchtlingen

Die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten der letzten Jahre – insbesondere bei Mieten, Energie, Lebensmitteln und Dienstleistungen – haben auch die Ausgaben der Städte und Gemeinden für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen sowie Integrationsmaßnahmen erheblich erhöht.

Um die Kommunen zu entlasten, haben CDU und Grüne beschlossen, die monatlichen Pauschalen für Städte und Gemeinden anzuheben. Das entsprechende Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) wurde in den Landtag eingebracht.

Die geplanten Änderungen sehen eine Erhöhung der monatlichen Pauschalen um knapp 16 Prozent vor, die rückwirkend zum 1. Janu-

ar 2024 in Kraft treten soll. Dies wird den Kommunen noch in diesem Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von mindestens 70,5 Millionen Euro einbringen. Ebenso sollen Kreise jährlich Pauschalen in Höhe von insgesamt 15,5 Millionen Euro erhalten.

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Kommunen zu unterstützen und zu verhindern, dass sie durch die gestiegenen Belastungen aufgrund irregulärer Migration überfordert werden.

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz regelt in Nordrhein-Westfalen die finanzielle Unterstützung der Kommunen für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Es legt die Höhe der Pauschalen fest, die die Kommunen für die Betreuung von Flüchtlingen erhalten,

und definiert, welche Kosten durch das Land erstattet werden. Ziel des Gesetzes ist es, eine faire Verteilung der finanziellen Lasten sicherzustellen und die Kommunen in die Lage zu versetzen, die notwendigen Maßnahmen zur Unterbringung und Integration der Geflüchteten umzusetzen.

Mit den aktuellen Anpassungen reagiert die Landesregierung auf die gestiegenen Kosten und sichert die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden, die eine zentrale Rolle in der Flüchtlingspolitik übernehmen. Die Erhöhung der Pauschalen ist ein wichtiger Schritt, um die Herausforderungen der Kommunen bei der Versorgung und Integration von Flüchtlingen zu bewältigen. ■



Bernd Krückel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 36. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemalt.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

für eine schnellere Justiz in NRW

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Justiz bietet enorme Chancen, um die Gerichte in Nordrhein-Westfalen zu entlasten und zukunftsfähig aufzustellen. Im Rahmen eines Werkstattgesprächs der CDU-Landtagsfraktion tauschten sich Experten und Interessierte darüber aus, wie KI in der Justiz sinnvoll eingesetzt werden kann. Dabei wurden technische, rechtliche und ethische Fragen beleuchtet, um das Potenzial von KI für die Justiz zu bewerten.

Ein zentrales Thema des Gesprächs war die Möglichkeit, mithilfe von KI die Dauer von Gerichtsverfahren zu verkürzen und gleichzeitig das Vertrauen in die Justiz zu stärken. KI soll dort eingesetzt werden, wo sie sinnvolle Entlastungen schaffen kann, insbesondere bei der Bewältigung von großen Datenmengen. Wichtig ist jedoch, dass die Entscheidungen, die durch den Einsatz von KI unterstützt werden, für die betroffenen Personen nachvollziehbar bleiben. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit von Juristen, Technikern und Ethikern. Da-

bei bleibt festzuhalten, dass KI keine endgültigen Entscheidungen in der Justiz treffen kann und wird. Gut ausgebildete Fachleute behalten in der Justiz und Rechtsberatung stets das letzte Wort.

Besondere Bedeutung hat KI in der Bewältigung von Massendaten, die in vielen Bereichen der Strafverfolgung und Justiz anfallen. Die Digitalisierung von Datenmengen stellt eine enorme Herausforderung dar, speziell in Massenverfahren, bei denen große Mengen an Informationen, wie Chats, Bilder und andere digitale Inhalte, analysiert werden müssen. KI kann hierbei helfen, diese Daten effizient zu durchdringen und so die Arbeitslast zu verringern. Dadurch könnte dem zunehmenden Personalmangel in der Justiz zumindest teilweise entgegengewirkt werden.

In Hessen gibt es bereits erste erfolgreiche Pilotprojekte im Einsatz von KI. So unterstützt „FraUKe“ bei Fluggastklagen, während „FRIDA“ im Bereich der Verkehrsstrafen Anwendung findet. Diese Beispiele zeigen, dass KI in der Lage ist, be-

stimmte Tätigkeiten zu unterstützen, ohne den menschlichen Entscheidungsprozess zu ersetzen.

Auch aus wettbewerbsrechtlicher Sicht ist der Einsatz von KI unumgänglich. In einem zunehmend technologisierten Rechtsmarkt müssen Justiz und Rechtsberufe in der Lage sein, neue Entwicklungen schnell zu erkennen und zu nutzen. Nur so bleibt der Justizstandort Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig und kann sich den Herausforderungen der Zukunft stellen.

Insgesamt wurde im Werkstattgespräch deutlich, dass der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Justiz nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine Notwendigkeit darstellt. Die Justiz muss auf diese technologischen Entwicklungen reagieren, um weiterhin effizient arbeiten zu können, ohne dabei die menschliche Entscheidungsgewalt aus der Hand zu geben. KI bietet das Potenzial, Prozesse zu beschleunigen, die Arbeitsbelastung zu reduzieren und den Justizstandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken. ■

WENIGER STAUS DANK KI

Die rasanten Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) führen in vielen Bereichen zu tiefgreifenden Veränderungen – auch im Straßenverkehr! In der Plenarwoche im September haben CDU und Grüne

einen Antrag eingebracht, der die Digitalisierung und den Einsatz von KI in verschiedenen Bereichen voranbringen soll. Dazu gehört etwa die Verkehrssteuerung durch intelligente Ampelsysteme sowie die Inspektion von Brücken und

anderen Bauwerken. Mithilfe von KI können große Datenmengen, die sonst ungenutzt bleiben würden, effizient verarbeitet und staatliche Aufgaben deutlich schneller und effektiver erledigt werden. ■

NRW NACH SOLINGEN

Konsequenzen für Sicherheit und Prävention

Der terroristische Anschlag in Solingen hat Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland tief erschüttert. Drei Menschen verloren ihr Leben, acht weitere wurden verletzt, davon vier lebensgefährlich. Dieser Angriff eines mutmaßlich islamistischen Terroristen, der sich online radikalisierte und dann zur Waffe griff, hat eine Welle von Trauer, Betroffenheit, aber auch Wut ausgelöst.

Die Tat wirft ein Schlaglicht auf die zunehmenden Risiken des islamistischen Terrorismus in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland. Dennoch ist es wichtig, eine differenzierte Betrachtung zu bewahren: Die große Mehrheit der Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind, tut dies in der Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Sicherheit. Pauschalisierungen und Vorverurteilungen gegenüber Muslimen oder Geflüchteten, lehnen wir entschieden ab.

Die Ereignisse in Solingen machen auf die Bedrohungslage durch islamistischen Terror aufmerksam. Unter der Verantwortung des Innenministeriums von NRW hat der Verfassungsschutz bereits mehrfach betont, dass das Risiko in den vergangenen Jahren stark gestiegen ist.

Vor diesem Hintergrund ist die finanzielle und personelle Ausstat-

tung der Sicherheitsbehörden von zentraler Bedeutung. Der Haushalt 2025 sieht jedoch Kürzungen in allen Ressorts vor, obwohl der Bedarf an Maßnahmen zur Bekämpfung des Extremismus und zur Prävention größer ist denn je.

Es ist daher unerlässlich, alle verfügbaren Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitslage zu ergreifen und zugleich Präventionsmaßnahmen auszubauen, um die Früherkennung von Radikalisierungen zu verbessern. Zu solchen Maßnahmen, die den Haushalt nicht belasten, zählen beispielsweise erweiterte Befugnisse für unsere Behörden.

Angesichts der Tragweite des Anschlags haben die Fraktionen von CDU und GRÜNEN im Landtag von NRW einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur umfassenden Aufarbeitung des Vorfalls beantragt. Die Ermittlungsbehörden, das Innenministerium und das Ministerium für Flucht und Integration arbeiten mit großem Einsatz daran, die Motive und die Radikalisierung des mutmaßlichen Täters sowie seine misslungene Rücküberstellung zu rekonstruieren und aufzuklären.

Die regierungstragenden Fraktionen von CDU und GRÜNEN werden diese Untersuchungen aktiv unterstützen und auf die demokratischen Fraktionen zugehen, um

die Einsetzung des Untersuchungsausschusses voranzutreiben. Ziel des Untersuchungsausschusses ist es, die Hintergründe des Anschlags vollständig zu erfassen und Konsequenzen daraus zu ziehen, um die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Die Landesregierung zog bereits im September Konsequenzen aus dem Anschlag und beschloss ein umfassendes Reformpaket zu den Bereichen Sicherheit, Migration und Prävention, welches unser Ministerpräsident Hendrik Wüst am darauffolgenden Tag dem Landtag vorstellte. Dieses Maßnahmenpaket, das auf die neue Gefährdungslage reagiert, basiert auf drei Säulen: Sicherheit, Migration und Prävention.

Ein zentraler Punkt des Pakets ist die Stärkung des Verfassungsschutzes. So sollen Sicherheitsbehörden durch neue rechtliche Befugnisse besser in die Lage versetzt werden, gegen islamistische Gefährder vorzugehen. Künstliche Intelligenz soll im digitalen Raum zum Einsatz kommen, um die Kommunikation von Extremisten besser zu überwachen und schneller einzugreifen.

Virtuelle Ermittler sollen gezielt soziale Medien durchforsten und potenzielle Gefährder identifizieren.

> >

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Nutzung von Technologien zur Gesichtserkennung und der Ausbau des Datenaustauschs zwischen den Behörden.

Auch im Bereich der Migration werden umfassende Reformen umgesetzt. So wird die Einrichtung zusätzlicher Asylkammern bei den Verwaltungsgerichten geplant, um Asylverfahren zu beschleunigen. Die Zuständigkeit der zentralen Ausländerbehörden wird erweitert, um Abschiebungen effektiver zu gestalten. Es wurde zudem der Bau einer zweiten Abschiebehaftanstalt in Nordrhein-Westfalen angekündigt.

In der Präventionsarbeit liegt ein weiterer Schwerpunkt des Reformpakets. Hier sollen insbesondere junge Menschen, die durch islamistische Propaganda radikalisiert werden, stärker in den Fokus rücken. Es wird ein landesweites Netzwerk zur Prävention und Be-



NRW-Innenminister Herbert Reul. Foto: Ralph Sondermann

ratung aufgebaut, um pädagogische Fachkräfte besser zu schulen und Präventionsarbeit in Flüchtlingsunterkünften, Schulen und im Justizvollzug zu verstärken.

Der Terroranschlag von Solingen hat gezeigt, wie ernst die Bedro-

hung durch den islamistischen Terrorismus ist. Die Landesregierung hat mit ihrem Reformpaket klare Antworten auf die Sicherheitslage gegeben und setzt verstärkt auf den Einsatz neuer Technologien und den Ausbau der Prävention.

Gleichzeitig bleibt es wichtig, Menschen muslimischen Glaubens oder mit Migrationshintergrund zu schützen und zu integrieren, ohne pauschale Vorverurteilungen zuzulassen. Unser Land benötigt Arbeitsmigration und mit den richtigen Rahmenbedingungen können wir auch Migration aufgrund von Krieg oder Verfolgung in eine geregelte Arbeitsmigration überführen.

Nordrhein-Westfalen hat die notwendigen Schritte eingeleitet, um auf diese Herausforderungen zu reagieren, und stellt sich den gestiegenen Bedrohungen mit Entschlossenheit entgegen. ■



NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst in der Plenardebatte zu Solingen.

Foto: Ralph Sondermann

HAUSHALT NRW

Einblicke in Haushaltsplanung und Haushaltskontrolle

Einblicke in Haushaltsplanung und Haushaltskontrolle

Der Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen, mit einem Volumen von rund 102 Milliarden Euro, ist ein komplexes Thema. Am 2. Juli 2024 hat die Landesregierung den Haushaltsplan für das Jahr 2025 beschlossen, womit ein wichtiger politischer Prozess in Gang gesetzt wurde.

Der nächste Schritt erfolgte am 13. September 2024, als der Plan dem Landtag zur ersten Beratung vorgelegt wurde. Nun beginnt eine intensive Phase der Diskussion und Abstimmung. Ende September tagte der Haushalts- und Finanzausschuss zwei Tage lang, um das gesamte Haushaltsgesetz zu beraten. Ferner beraten die einzelnen Fachausschüsse die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Einzelpläne.

In diesen Beratungen geht es um wesentliche Fragen: Wie viel Geld fließt in die Bildung, in den Straßenbau oder in soziale oder andere Projekte? Jede Entscheidung hat Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger in NRW.

Der Landesrechnungshof als Kontrollinstanz

Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielt der Landesrechnungshof

Nordrhein-Westfalen. Als unabhängige oberste Landesbehörde prüft er die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes. Mit seinen etwa 440 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fungiert er als Wächter über die Landesfinanzen. Ihre Arbeit ist entscheidend, um sicherzustellen, dass Steuergelder effizient und zweckgemäß eingesetzt werden.

Jahresberichte fassen die bedeutendsten Prüfungen eines Geschäftsjahres zusammen. Mit diesen wird sich der Landtag im Einzelnen beschäftigen und ggf. beschließen, welche Maßnahmen einzuleiten sind. Sie sind somit die Grundlage der Entlastung der Landesregierung durch den Land-

tag. Die Beratungen finden im Haushaltskontrollausschuss statt, dessen Mitglied ich seit 2005 bin.

Kritische Stimmen und Herausforderungen

Die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Prof. Dr. Brigitte Mandt, hat in der Pressemitteilung zum Jahresbericht 2023 das „seit Jahren nachhaltig hohe Ausgabenniveau“ des Landes kritisiert. Diese Feststellung wirft wichtige Fragen auf: Wo kann und sollte gespart werden? Wie lassen sich notwendige Ausgaben und finanzielle Nachhaltigkeit in Einklang bringen?



Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk im Gespräch mit Bernd Krückel MdL

Die Rolle des Haushaltskontrollausschusses

Ich stimme der Präsidentin zu, dass die Ausgaben des Landes NRW in den vergangenen Jahren hoch waren und auch weiterhin hoch sind. Doch wir werden sicher im Beratungsverfahren des Haushaltsgesetzes erleben, dass Einsparungen überall schmerzhaft sind, wo sie vorgenommen werden müssen.

Als Mitglied des Haushaltskontrollausschusses bin ich direkt in diesen Prozess eingebunden. Unsere Aufgabe ist es, die Erkenntnisse des Rechnungshofs in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen und für einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern zu sorgen.

Warum das für Sie wichtig ist

Die Entscheidungen, die in den kommenden Wochen getroffen werden, haben direkte Auswirkungen auf viele Bereiche des öffentlichen Lebens in NRW. Ob es um die Ausstattung von Schulen, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder die Förderung von Kultureinrichtungen geht – der Landeshaushalt bestimmt maßgeblich mit, wie sich unser Bundesland entwickelt.

In den nächsten Wochen und Monaten werden wichtige Weichen für die Zukunft in NRW gestellt. Ich werde Sie über die wesentlichen Entwicklungen und Ergebnisse auf dem Laufenden halten, denn letztlich geht es um die bestmögliche Verwendung Ihrer Steuergelder und die Gestaltung unseres Landes.

Wir bieten den Menschen in schwierigen Zeiten Perspektiven

Die schwarz-grüne Landesregierung hat den Entwurf für den Landeshaushalt 2025 und einen Nachtragshaushalt für 2024 in den Landtag eingebracht. Damit werden die richtigen Weichen gestellt, um die aktuell schwierige Haushaltslage zu überwinden.

Wir müssen auch in diesen herausfordernden Zeiten Wege aufzeigen, um den Menschen Perspektiven zu bieten. Die Koalition aus CDU und Grünen richtet den Blick nach vorn und ringt gemeinsam um die besten Lösungen für dieses Land.

„Mit der Bedenkenträgerei der Opposition können wir unseren Wirtschaftsstandort nicht retten.“

Mit der Bedenkenträgerei der Opposition können wir unseren Wirtschaftsstandort nicht retten. Kanzler Scholz und Finanzminister Lindner betreiben Politik auf Kosten der Bundesländer und der Kommunen. Auch wichtige Entlastungen bei Energiepreisen werden noch immer vom Kanzler blockiert. Der Opposition hierzulande scheint aber die Treue zum Kanzler wichtiger als nordrhein-westfälische Interessen zu sein.

Einen Großteil der Belastungen durch den Bund können wir mit Einsparungen auffangen, aber

eben nicht alles. Mit unserem Haushalt setzen wir deshalb klare Prioritäten: für unsere Zukunft – mit Bildung und Betreuung. Für unsere Sicherheit. Und für ein Wirtschaftswachstum, um das alles auch bezahlen zu können.

Im Landeshaushalt 2025 geben wir rund drei Milliarden Euro mehr für Bildung aus – das sind Rekordausgaben in Höhe von fast 42 Milliarden Euro. Auch wenn unser finanzieller Spielraum eng ist – unsere Kommunen lassen wir nicht im Regen stehen, denn das Land braucht starke Städte und Gemeinden. Rund 15,7 Milliarden Euro sollen Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten – erneut eine Rekordsumme.

Wir sind bereit, den Kommunen ab dem Jahr 2025 jährlich 250 Millionen Euro zum Abbau der Altschulden zur Verfügung zu stellen. Dieser Haushalt zeigt, dass diese Landesregierung einen klugen Ausgleich zwischen Sparen und Gestalten gefunden hat. ■